

Stellungnahme zum Rechnungsabschluss 2017

Rein rechnerisch ist im Rechnungsabschluss 2017 ein Überschuss von **93.735** Euro ausgewiesen. Jedoch sind in diesem dargestellten Überschuss auch alle Bauvorhaben enthalten - für die 2017 Budgetmittel zwar reserviert aber dann doch nicht umgesetzt wurden bzw. auf 2018 verschoben worden sind.

zb Friedhofssanierung 36.000, Archivumbau Gemeindeamt 33.000, Grillplatz 6.000, Sanierung Amtshaus Unterwölbling 7.000

Weiters wurde Gemeindevermögen (Grundstücksverkauf 30.000/Gemeindewohnung um 36.000) veräußert – diese sind natürlich ebenfalls in dem Ergebnis enthalten.

Würde man diese Positionen herausrechnen – ergibt sich ein **operatives Minus von 54.739,48!**

S.19

Beim Posten Gemeindeamt ist eben der Posten von 33.000 Euro (Archivumbau) enthalten der von Jahr zu Jahr geschoben wird und im Budget als Überschuss abgebildet ist.

Warum eine Abfertigung von 11.947 nicht im Vorhinein sauber budgetiert werden kann – verstehen wir nicht, es müsste doch bekannt sein – wenn wer in Pension geht.

S.33

Kindergarten – Terrassensanierung – eine enorme Kostenüberschreitung von 46% der im Gemeinderat beschlossenen Kosten. Es wurden die Budgetmittel von 30.000,-- auf 23.000,-- im September Nachtragsvoranschlag reduziert – um dann erste wieder massiv mit Sanierungskosten von 38.000 drüber zu schießen. Das ganze ohne die dafür notwendigen Beschlüsse zu fassen und damit auch die Gemeindeordnung ignorierend. Ist auch klar im Rechnungsabschluss erkennbar – da die Kostenstelle ein fettes Minus aufweist. Fragen dazu werden nicht beantwortet.

S.53

Wir zahlen noch immer über 500 pro Jahr an die Telekom – für die Beleuchtung von Telefonzellen – obwohl diese nicht beleuchtet sind. Auf diesen Umstand weisen wir seit 3 Jahren hin – gemacht wird nichts. Rückfrage in anderen Gemeinden haben ergeben – das diese Kosten mit nur einem Anruf bei der Telekom – auf fast Null reduziert werden könnten. Die 500 Euro wären im Kindergarten oder in der Schule besser investiert.

S.63

Die besprochene WLAN Förderung fürs Waldbad wurde trotz Zusage der Bürgermeisterin NICHT in Anspruch genommen – das hätte uns spielend 6.953 Euro Kosten erspart. Die Förderung Wifi4EU ist aktuell zu beantragen – im Nachhinein für bereits umgesetzte Projekte aber nicht mehr möglich.

S.65

Wir machten 2017 mit der Wasserversorgungsanlage einen Verlust von 62.970 Euro, obwohl wir das Wasser um das doppelte des Einkaufspreises an die Endkunden verkaufen – und damit NÖ weit schon ein sehr teures Ortswasser anbieten – aber selbst dieser Preis reicht nicht um kostendeckend zu arbeiten. Das ist auch auf die viele Rohrbrüche bzw. den enormen Wasserverlust 2017 von ca. 50.000m³ zurückzuführen – wir kaufen also als Gemeinde Wasser um 50.000 Euro (Einkaufspreis ca. 1 Euro) – bei der EVN – welches dann versickert – und nicht weiterverkauft werden kann.

Hier gibt es Handlungsbedarf – kaputte Schieber usw. gehören dringend ersetzt – war auch schon 2016 Thema.

Fazit

In Summe gibt es wieder sehr viele Positionen die auch vom Nachtragsvoranschlag 2017 der im September 2017 beschlossen worden ist – abweichen – das ist für uns auch eine Kennzahl/Abbild wie mit Voranschlägen, Nachtragsvoranschlägen bzw. überhaupt mit der Einhaltung der Budgetmittel umgegangen wird.

Als Tüpfelchen auf den I – werden dann noch Gelder ausgegeben (Lagerplatzräumung Hermannschacht) – für die es zum Zeitpunkt der Mittelaufwendung – überhaupt keine Bedeckung im Budget und keine dafür notwendigen Beschlüsse gibt (Gemeindeordnung wird missachtet).

Gleichzeitig werden Förderungen auf die wir mehrmals hingewiesen haben (Wifi4EU) – und wo wir die Zusage bekommen haben das diese auch in Anspruch genommen werden – ignoriert und liegen gelassen. zB. WLAN im Waldbad.

Gute Förderangebote – wie die Elektroauto Einkaufsaktion vom Land NÖ werden von anderen Gemeinden dankbar in Anspruch genommen (aktueller Artikel diese Woche in der NÖN von der Gemeinde Perschling).

Wir lassen diese Förderung ebenfalls liegen – obwohl hier die Budgetmittel vorhanden gewesen wären (Erneuerungsrücklage Fahrzeuge) die Wirtschaftlichkeit von der ENU nachgewiesen, alle gestellten Anforderungen (Reichweite etc.) erfüllt worden sind.

Ein E-Auto für die Gemeinde um 7.000 bis 10.000 Euro – ist unmöglich – eine Lagerplatzräumung die nicht zwingend notwendig war, dafür keine Budgetmittel vorhanden waren – wird hingegen ohne Beschluss direkt um über 21.000 Euro beauftragt – das ist kein Problem – hier wird sogar die Gemeindeordnung ignoriert ohne mit der Wimper zu zucken.